



Landesverband Thüringen
im Deutschen
Bibliotheksverband e.V.

6. Thüringer Bibliothekstag in Nordhausen am 4. Oktober 2000

Erfurt 2000

Inhalt

| | |
|---|-----------|
| Vorwort | 1 |
| <i>Heidemarie Trenkmann</i> 6. Thüringer Bibliothekstag, Nordhausen, 4. Oktober 2000 Begrüßung und Eröffnung | 2 |
| <i>Gisela Rauschhofer</i> Grußwort der Rektorin der Fachhochschule Nordhausen | 5 |
| <i>Dagmar Schipanski</i> Grußwort der Thüringer Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst | 9 |
| <i>Gabriele Krompholz-Roehl</i> Grußwort des Vorstandsmitglieds des Deutschen Bibliotheksverbandes | 11 |
| <i>Klaus Ring</i> Leseförderung im Zeitalter des Internet | 15 |
| <i>Harald Müller</i> Rechtliche Aspekte der Internetnutzung | 33 |
| <i>Frank Simon-Ritz</i> Einführung in das Thema Thüringer Bibliotheken im Netz: Internet-Angebot und -Nutzung in Öffentlichen und Wissenschaftlichen Bibliotheken | 55 |
| <i>Barbara Brandt</i> Erfahrungen mit dem ISTAR-Projekt in Meiningen | 59 |
| <i>Dorothee Reißmann</i> Perspektiven für die digitale Bibliothek | 67 |
| Anschriften der Autorinnen und Autoren | 75 |

Rechtliche Aspekte der Internetnutzung

1. Teil: Angebote für das Internet

a) Eigene Webseiten/Urheberrecht

Ein Jurist wirft im Zusammenhang mit der Erstellung eines Werkes wie etwa einer Webseite immer einen Blick auf das Urheberrecht. Unabdingbare Voraussetzung für eine Anwendung des Urheberrechtsgesetzes ist das Vorliegen eines urheberrechtlich geschützten Werkes. Jedoch nicht alle Schöpfungen von Menschenhand genießen den Schutz des Gesetzes. Juristen unterscheiden zwischen urheberrechtlich geschützten Werken und urheberrechtsfreien Produkten, den sogenannten gemeinfreien Werken. Das Urheberrechtsgesetz schützt gemäß seinem in § 1 UrhG formulierten Zweck diejenigen Werke, die eine *"persönliche geistige Schöpfung"* (§ 2 Abs. 2 UrhG) darstellen. Das bedeutet, dass die äußere, physikalische Form eines Werkes für den gesetzlichen Schutz keine Rolle spielt. Allein entscheidend ist vielmehr ausschließlich der innere Gehalt. Die jeweilige äußere Gestalt, d.h. ob es sich bei dem zu schützenden Produkt um z.B. ein Gemälde, um einen Roman, um eine Oper oder um eine Webseite handelt, spielt für die urheberrechtliche Schutzfähigkeit keine Rolle.

Grundsätzlich stellt das Gesetz keine hohen Anforderungen. Dennoch gibt es kreative Schöpfungen, die nicht die Voraussetzungen einer persönlichen geistigen Schöpfung im Sinne von § 2 Abs. 2 UrhG erfüllen. Von großer Bedeutung für die Frage nach der urheberrechtlichen Schutzfähigkeit eines Werkes ist es, ob überhaupt eine kreative Leistung vorliegt oder nicht. Das wird z.B. generell verneint für Werke, die nur einen geringen Grad an Originalität aufweisen, weil sie nach festen, allgemein verbindlichen und abstrakten Regeln erstellt werden. In diese Kategorie fallen z. B. :

- mathematisch-naturwissenschaftliche Formeln,

- Informationen über Personen und Körperschaften (Namen, Adressen),
 - bibliographische Titelaufnahmen (Katalogisate).
- Weiterhin zählen die Juristen zu den genuin gemeinfreien Werken alle geringfügigen Leistungen, wie alltägliche Briefe, Notizen, Gespräche, Hinweise usw.

Grundsätzlich werden die meisten Veröffentlichungen im Internet, d.h. eine Webseite oder ein File auf einem öffentlich zugänglichen Rechner, als urheberrechtlich geschützte Werke anzusehen sein. Auf weitere Einzelfragen im Hinblick auf elektronisches Publizieren kann an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden¹.

b) Angebot fremder Werke/Digitalisierungsprojekte

Wie sieht die Rechtslage aus, wenn man fremde Werke auf dem eigenen Server ins Internet stellen möchte, z.B. in einem Retro-Digitalisierungsprojekt? Sollte es sich bei der zu digitalisierenden Vorlage um ein gemeinfreies Werk handeln, so bestehen keine rechtlichen Probleme.

Zuerst müssen an dieser Stelle die sogenannten "amtlichen" Werke (§ 5 UrhG) erwähnt werden. Sie fallen deshalb nicht unter den Schutz des Urheberrechtsgesetzes, weil sie – obwohl vom Gehalt her geistige Schöpfungen – nach dem Willen des Gesetzgebers von vornherein zum für jedermann frei verfügbaren Allgemeingut gehören, um eine ungehinderte Verbreitung zu sichern. Solche Werke sind z. B. Gerichtsurteile, Verwaltungsentscheide, Gesetzes- und Verordnungstexte, amtliche Statistiken, Parlamentsdrucksachen und ähnliches.

Die wichtigste und zahlenmäßig größte Gruppe der gemeinfreien Werke bilden diejenigen Schöpfungen, deren urheberrechtliche Schutzfrist abgelaufen ist. Der

¹ vgl. hierzu Harald Müller: Die rechtlichen Zusammenhänge im Rahmen des elektronischen Publizierens. In: Wissenschaft online. – 2000. – S. 100-119.

Schutz des Urheberrechtsgesetzes wirkt nicht ewig, sondern zeitlich begrenzt. Die wichtigste (und längste) Schutzfrist erstreckt sich über 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers (§ 64 UrhG). Alle Werke, deren Urheber vor mehr als 70 Jahren bereits verstorben ist, z.B. von Bach, Beethoven, Mozart, Goethe, Schiller, Rubens, Michelangelo oder Rembrandt dürfen grundsätzlich von jedermann frei benützt werden, ohne dass dabei urheberrechtliche Schranken zu beachten wären.

Die Sammlungen großer Bibliotheken setzen sich überwiegend aus gemeinfreien Werken zusammen, deren Urheber bereits seit mehr als 70 Jahren tot sind. Deshalb ist der Begriff der Gemeinfreiheit für den bibliothekarischen Alltag auch überaus wichtig. Denn die Nutzung gemeinfreier Werke unterliegt nicht den von allen Bibliothekaren als gravierende Behinderung ihrer Aufgabe empfundenen Schranken des Urheberrechts. Die Frage nach den Nutzungsmöglichkeiten beantwortet sich am einfachsten, wenn man sich die Palette der ausschließlichen Nutzungsrechte des Urhebers vor Augen führt. Ihm stehen folgende Rechte zu:

- Persönlichkeitsrechte: Veröffentlichung § 12 UrhG, Anerkennung als Urheber § 13 UrhG;
- Verwertungsrechte: Vervielfältigung § 16 UrhG, Verbreitung § 17 UrhG, Ausstellung § 18 UrhG;
- Wiedergaberechte: Aufführung § 19 UrhG, Funksendung § 20 UrhG, Wiedergabe §§ 21, 22 UrhG;
- Nutzungsrechte § 31 ff. UrhG;

Die sogenannten verwandten Schutzrechte der Leistungsschutzberechtigten (Wissenschaftliche Ausgaben § 70 UrhG, ausübende Künstler § 73 ff. UrhG, Hersteller von Tonträgern § 85 UrhG, Sendeunternehmen § 87 UrhG, Filme § 88 ff. UrhG) seien nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Aber auch dem Konsumenten eines urheberrechtlich geschützten Werkes, z.B. einem Bibliotheksbenutzer, stehen Rechte zu, wie die Richter des Bundesgerichtshofes im Urteil vom 4.10.1990² feststellten:

"Die Benutzung eines Werkes als solche ist kein urheberrechtlich relevanter Vorgang. Dies gilt für das Benutzen eines Computerprogramms ebenso wie für das Lesen eines Buches, das Anhören einer Schallplatte, das Betrachten eines Kunstwerkes oder eines Videofilms."

Das ebenso überraschende, wie eindeutige Ergebnis der rechtlichen Überlegungen des BGH stellt klar: Die reine, bestimmungsgemäße Nutzung eines Werkes ist (zumindest nach altem Recht!) urheberrechtlich überhaupt nicht geregelt, d.h. vollkommen frei. Aus bibliothekarischer Sicht war diese höchstrichterliche Klarstellung dringend notwendig. In den letzten Jahren waren nämlich Tendenzen in Kreisen der Medienindustrie erkennbar, die darauf zielen, jede Art von Nutzung eines urheberrechtlich geschützten Werkes vergütungspflichtig zu machen. Der BGH hat deutlich gemacht, dass zumindest das Urheberrecht hierfür keine Grundlage bietet.

Bei der Nutzung eines gemeinfreien Werkes, wozu auch die Digitalisierung zählt, spielen alle diese urheberrechtlichen Nutzungsrechte keine Rolle mehr. Die Vorlage kann von jedermann eingescannt werden.

Anders sieht die Situation natürlich aus, wenn die Vorlage (noch) urheberrechtlich geschützt ist. Vor einer Digitalisierung muss mit dem Urheber ein Vertrag geschlossen werden. Wenn der Abschluss eines solchen Lizenzvertrages ausscheidet, könnte § 53 UrhG eine Lösung bereithalten.

Hierzu meint Klaus Peters (Bibliotheksdienst 32 (1998) Heft 11 S. 1949-1955):
"Zunächst kommt die Erlaubnis zur Herstellung von Archivkopien (Archivprivileg) in Betracht. Gemäß §§ 53 Abs. 2 Nr. 2 UrhG ist es zulässig, ein Werk zu vervielfältigen "zur Aufnahme in ein eigenes Archiv, wenn und soweit die Vervielfältigung zu diesem Zweck geboten ist "... Diese Ansicht kann heute

leider nicht mehr ohne weiteres aufrechterhalten werden. In seinem Urteil vom 16.1.1997 (CB-Infobank I) hat der Bundesgerichtshof die Auffassung vertreten, eine zum Zwecke der Archivierung privilegierte Vervielfältigung im Sinne des § 53 Abs. 2 Nr. 2 UrhG liege nicht vor, wenn das Vervielfältigungsstück (auch) zur Verwendung durch außenstehende Dritte bestimmt sei (BGH RDV 1997, S. 257). Außenstehende Dritte in diesem Sinne sind nicht nur - wie in dem vom BGH beurteilten Sachverhalt - die Kunden gewerblich genutzter Archive, sondern zweifellos auch die Benutzer der Staats-, Landes-, Universitäts- und Gemeindebibliotheken sowie sonstiger öffentlicher Bibliotheken.

Wegen der Unsicherheit, die in Bezug auf die Anwendbarkeit des Archivprivilegs besteht, ist zu fragen, ob es eine andere gesetzlich Lizenz gibt, die eine mehr Sicherheit bietende Grundlage für die Digitalisierung zerfallsbedrohter Bestände gibt. In Betracht kommt, da es um eine vollständige Vervielfältigung von Büchern und Zeitschriften geht, nur noch der den meisten Bibliothekaren dem Sinne nach bekannte § 53 Abs. 4 b) UrhG. Die Vorschrift lautet:

"Die Vervielfältigung eines Buches oder einer Zeitschrift ... ist ... zulässig ... zum eigenen Gebrauch, wenn es sich um ein seit mindestens zwei Jahren vergriffenes Werk handelt."

Bücher oder Zeitschriften sind vergriffen, wenn sie vom Verlag nicht mehr geliefert werden können (Schricker/Loewenheim § 53 Rdnr. 22 f.). Lieferbarkeit durch den Antiquariatsbuchhandel schadet nicht (ebd.; a.A. Nordemann § 53 Rdnr. 12 b). Praktisch kann in der Masse der Fälle das Vergriffensein eines Buches anhand des VLB oder eines entsprechenden ausländischen Verzeichnisses relativ einfach festgestellt werden. Soweit es um Zeitschriften geht, wird allerdings eine Verlagsanfrage unumgänglich sein. Zu beachten ist, dass Bücher oder Zeitschriften, die von den Verlegern zwar nicht mehr in der ursprünglichen Form geliefert werden können, die aber in anderer Form, z.B. als CD-ROM oder als Mikrofilm, angeboten werden, mit Rücksicht auf die gebotene

² BGHZ 112,264-278.

enge Auslegung des § 53 UrhG wohl nicht als vergriffen anzusehen sind. Wir dürfen also davon ausgehen, dass die vom Zerfall bedrohten Bücher und Zeitschriften (mit Ausnahme der nicht seit mindestens zwei Jahren vergriffenen Medien) sowohl nach geltendem als auch - soweit absehbar - nach kommendem Recht frei in digitale Formen überführt werden dürfen."

Wie steht es aber mit der bibliothekarischen Nutzbarkeit der digitalisierten Werke? Nach gegenwärtiger Rechtslage unterfällt die Übermittlung von Werken im Internet nicht dem § 15 UrhG. Nach einstimmiger Auffassung von Bibliotheksjuristen wird eine im Justizministerium erarbeitete Neuregelung eine existentielle Bedrohung vieler öffentlicher Bibliotheken nach sich ziehen. Die Gefahr ergibt sich aus der geplanten Ausweitung des Öffentlichkeitsbegriffs in § 15 UrhG. Nach geltendem Recht finden öffentliche Wiedergaben mit Vergütungspflicht in Bibliotheken nur in Ausnahmefällen statt. Man denke etwa an Dichterlesungen, öffentlich zugängliche Videovorführungen, Konzerte und ähnliche Veranstaltungen. Die Präsenznutzung von AV-Medien durch eine Einzelperson fällt nach geltendem Recht nicht unter den Öffentlichkeitsbegriff. Hierfür ist keine zusätzliche Vergütung zu zahlen. Wenn der BMJ-Entwurf Gesetz werden sollte, ändert sich die Situation fast vollständig. Nur für Urheberrechtsexperten dürfte erkennbar sein, dass für die Frage nach der öffentlichen Wiedergabe alle Bibliotheksmedien in zwei Gruppen aufzuteilen sind, die sich aus der Systematik des § 15 UrhG ergeben: Medien, die in körperlicher (§ 15 Abs. 1 UrhG) oder in unkörperlicher (§ 15 Abs. 2 UrhG) Form verwertet bzw. wiedergegeben werden können. Bei der Präsenznutzung von AV-Medien (Schallplatte, CD, Video, CD-ROM, Internet) findet zwar stets eine unkörperliche Wiedergabe im Sinne von § 15 Abs. 2 UrhG statt. Digitale und analoge AV-Medien können aus technischen Gründen ausschließlich unkörperlich im Sinne von § 15 Abs. 2 UrhG ihrer Bestimmung gemäß genutzt werden. Eine Vergütungspflicht gemäß § 52 Abs. 1 UrhG entsteht jedoch nicht, solange die Nutzung auf eine Einzelperson beschränkt bleibt. Denn gemäß § 15 Abs. 3 UrhG ist eine Wiedergabe nur dann öffentlich, wenn sie für eine "Mehrzahl von Personen bestimmt ist". Die vorgeschlagene Neufassung des §

15 UrhG lässt den Öffentlichkeitscharakter einer Bibliotheksnutzung bereits bei einer Einzelperson entstehen. Für alle urheberrechtlich geschützten Werke im Internet wird zukünftig eine Vergütung zu zahlen sein. Da wird manches Retro-Digitalisierungsprojekt eingestellt werden müssen: Das Digitalisieren ist zwar noch gestattet, das Anbieten im Internet wird jedoch kostenpflichtig. Wer soll das bezahlen?

2. Teil: Nutzung des Internet

a) Strafrecht

Aus der Sicht des Strafrechts sind viele Delikte im Internet möglich.

- ◆ Hacking § 202 a StGB
- ◆ Computersabotage §§ 303 a, 303 b StGB
- ◆ Fälschung beweisbarer Daten § 269 StGB
- ◆ Computerbetrug § 263 a StGB
- ◆ Unerlaubtes Glücksspiel §§ 284, 285, 287 StGB
- ◆ Verletzung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen § 17 UWG
- ◆ Datenschutzstrafrecht
- ◆ Alle Äußerungsdelikte

Als Äußerungsdelikte gelten die Propaganda für eine verfassungswidrige Organisation (§ 86 StGB), gewaltverherrlichende Darstellungen und Aufstachelung zum Rassenhaß, (§ 131 StGB), Verbreitung von Pornographie (§ 184 StGB), Werbung für Prostitution (§ 119 OWiG), Verbreitung jugendgefährdender Schriften (§ 1 III GjS), Auswitzlüge (§ 130 Abs. 3 StGB), Beschimpfungen und Beleidigungen jeder Art (§ 185 ff. StGB) bzw. von Verfassungsorganen (§ 90 ff. StGB).

Wer als Internet-Teilnehmer auf einem öffentlich zugänglichen Server eigenhändig Webseiten mit strafbaren Inhalten anbietet, macht sich strafbar. Das Strafrecht bezeichnet ihn als Aktivtäter. Bei einer Bibliothek, die lediglich als öffentlicher Zugangs-Provider in Erscheinung tritt, war die Frage bis zum Sommer 1997 eher unklar. Ohne eigene Beteiligung am Inhalt der transportierten Daten kann eine Bibliothek, als "Passivtäter", genausowenig bestraft werden wie z.B. die Post AG für den Inhalt der von ihr transportierten Briefe. Eine Strafbarkeit könnte allenfalls entstehen, wenn in der Bibliothek trotz konkreter Kenntnis über bestimmte Netzadressen mit Neonazi-Propaganda oder Pornographie der Benutzerzugriff darauf nicht unterbunden wird. Über eine mögliche Strafbarkeit entscheidet also das positive Wissen. Dies ergibt sich aus dem neuen § 5 Teledienstgesetz (TDG).

Durch das am 13. Juni 1997 verkündete Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz (IuKDG)³ traten zum 1. August 1997 wichtige Änderungen im Strafgesetzbuch (StGB) und Ordnungswidrigkeiten-Gesetz (OWiG) in Kraft. Der Gesetzgeber hat durch Ergänzung und Neuformulierung dieser Gesetze dafür gesorgt, dass die für Computer und speziell für Datennetze wie das Internet typische Art der Bildschirmdarstellung von Schrift, Bild und Ton dem im Gesetz bisher gebräuchlichen Begriff "*Schriften*" gleichgestellt wird. Die Strafverfolgungsbehörden haben es dadurch wesentlich einfacher, ein Strafverfahren z.B. wegen sogenannter "Äußerungsdelikte" einzuleiten, wenn die Tat im Internet begangen wird.

Aus der Tatsache der uneingeschränkten Erstreckung des Strafgesetzbuchs auf Handlungen im Internet ergeben sich allerdings einige Konsequenzen, die manche Surfer des Cyberspace immer noch nicht wahrhaben möchten. Als vor etwa 10 Jahren die Idee des Internet begann, Gestalt anzunehmen, träumten die damaligen Pioniere von einem weltumspannenden Informations- und Kommunikationssystem, das alle technischen und natürlichen Grenzen überwinden würde. Einige gaben sich sogar der Illusion hin, die totale Freiheit

³ Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz vom 13. Juni 1997, in: BGBl I 1997, S. 1870.

der Datennetze schließe die Anwendung mancher, als lästig und irgendwie hinderlich angesehenen Gesetze einfach aus. Die juristische Wirklichkeit sieht jedoch ganz anders aus.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt heutzutage wegen des Verdachts einer Straftat genauso im Internet wie sonst wo. Und wer gar glaubt, in den Diskussionsgruppen des Internet würden die allgemeinen Regeln über strafbare Beleidigung (§ 185 StGB) nicht gelten, muss sich eines besseren belehren lassen. Bereits 1996 erkannte das Amtsgericht Rheinbach auf strafbare Beleidigung, als ein Teilnehmer eines Diskussionsforums eine andere Mitwirkende als "Schlampe" bezeichnete⁴. In den USA gilt nichts anderes. So war jüngst im Internet zu lesen, dass die Bezeichnung "liar" (= Lügner) in einer Internet-Diskussion mit einer Strafe von \$ 5.000,- geahndet wird⁵. Selbst ein Link auf eine Webseite mit beleidigenden Inhalten kann für den Verantwortlichen schmerzhaft teure Konsequenzen nach sich ziehen, wie der im Sommer 1998 entschiedene Fall Steinhöfel gegen Best zeigt⁶.

Wenn Bibliotheken öffentlich zugängliche Internet-Arbeitsplätze anbieten, sollten sie stets die potentiellen strafrechtlichen Konsequenzen im Auge behalten. Bietet eine Bibliothek ihren Benutzern die Möglichkeit, vom PC innerhalb der Bibliothek E-Mails zu verschicken, so sollte darauf geachtet werden, dass der Benutzer stets eindeutig zu identifizieren ist. Dies kann etwa dadurch geschehen, dass jeder Benutzer eine eigene E-Mail Adresse bekommt. Die Bibliothek sollte auf jeden Fall verhindern, dass Benutzer E-Mails unter dem Absender der Bibliothek versenden. Wenn nämlich eine E-Mail Beleidigungen zum Inhalt hat, muss stets mit einem Strafverfahren gegen den Absender gerechnet werden, wie obige Beispiele eindrucksvoll belegen. So kann sich z.B.

⁴ http://www.netlaw.de/urteile/agrb_1.htm.

⁵ During a typically passionate discussion on the Net, Stacy McCahan called someone a liar—and to her surprise, she was slapped with a \$5,000 libel lawsuit. Legal experts say the case is not the first lawsuit to address online libel, and it won't be the last. But it does cement a growing realization by Net users who are accustomed to shooting from the hip: what they say in chat rooms, email, or on Web sites is not exempt from the laws of the offline world. (www.news.com/News/Item/Textonly/0,25,20058,00.html?pfv)

⁶ vgl. Link-Haftung. // In: Internet Intern, Ausgabe 11/98 (28.05.98), <http://www.intern.de/98/11/01.shtml>.

aus dem Zusammenhang ergeben, dass bereits die Bezeichnung "Schmalspurbibliothekar/in" als rechtswidriger Angriff auf die Ehre des solchermäßen Betitelten durch vorsätzliche Kundgebung der Herabwürdigung empfunden wird. Bei Strafanzeige des Betroffenen erfolgt eine Verurteilung. Eine Bibliothek kann zwar faktisch nicht verhindern, dass Benutzer eines öffentlichen Internet-PC beleidigende Äußerungen ins Internet versenden. Sie sollte aber auf jeden Fall dafür sorgen, dass der mögliche Täter eindeutig identifiziert werden kann. Wenn dies nicht möglich sein sollte, weil etwa der technische oder Verwaltungsaufwand zu hoch wäre, empfiehlt sich, die Mail-Funktion der Browser-Software zu deaktivieren.

Teilweise betreuen Bibliothekare als sogenannte Listowner (Listen-Eigentümer) Internet-Diskussionslisten. Seit August 1997 müssen solche Personen den § 5 Abs. 4. Telediensteegesetz (TDG) beachten⁷. Wenn ein Listowner Kenntnis davon erhält, dass Diskussionsteilnehmer andere Listenmitglieder mit beleidigenden Äußerungen bedecken, so ergibt sich aus dieser Vorschrift eine Pflicht des Listowners, dagegen vorzugehen. Unterlässt er jegliche Maßnahme, um zukünftige Beleidigungen zu verhindern, besteht für den Beleidigten durchaus die Möglichkeit, gegen ihn über § 185 StGB i.V. mit § 5 Abs. 2 TDG strafrechtlich vorzugehen.

b) Jugendschutz

Nach dem Willen des Gesetzgebers sind gewisse Medieninhalte, z.B. die sogenannte "Auschwitzlüge" und die "harte" Pornographie, in Deutschland generell, d.h. für jedermann (!), verboten. Zuwiderhandlungen in Form von Herstellen, Verbreiten, Veröffentlichen usw. solcher Medien werden mit Strafe bedroht. Im Zusammenhang mit dem Jugendmedienschutz ist zunächst auf

⁷ (§ 5 Abs. 4 TDG) Verpflichtungen zur Sperrung der Nutzung rechtswidriger Inhalte nach den allgemeinen Gesetzen bleiben unberührt, wenn der Diensteanbieter unter Wahrung des Fernmeldegeheimnisses gemäß § 85 des Telekommunikationsgesetzes von diesen Inhalten Kenntnis erlangt und eine Sperrung technisch möglich und zumutbar ist.

zwei einzelne Regelungen hinzuweisen. So sind als Tatbestände unter Strafe gestellt die Volksverhetzung nach § 130 StGB sowie die Gewaltdarstellung und Aufstachelung zum Rassenhass nach § 131 StGB. Medien mit derartigen Inhalten gelten als schwer jugendgefährdend. Wer einen derartigen Medieninhalt einem Erwachsenen oder – was im Gesetzestext ausdrücklich genannt ist - einem Kind bzw. Jugendlichen zugänglich macht, muss mit einer Bestrafung rechnen. Natürlich liegt dieser Strafdrohung eine Wertung zugrunde, nämlich die Ansicht, dass Schriften und Darstellungen, die z.B. Verbrechen des Nationalsozialismus leugnen, in Deutschland nicht toleriert werden können. In anderen Länder herrschen zwar unterschiedliche Ansichten und demzufolge auch andere Strafgesetze, weshalb die Produzenten einschlägiger Medien mit Vorliebe von Schweden oder Canada aus tätig werden. In Deutschland sind jedoch die deutschen Gesetze maßgebend.

Die Verbreitung pornographischer Schriften ist gemäß § 184 StGB nicht generell mit Strafe bedroht. Lediglich pornographische Inhalte mit Kindern, Tieren und Gewaltdarstellungen – die sogenannte "harte" Pornographie - gelten ohne Ausnahme als sozialunerträglich, sind also für einen Hersteller, Verbreiter oder sogar Besitzer (Kinderpornographie) strafbar. Pornographische Medien werden aber durchweg, ohne Unterscheidung zwischen harter oder weicher Pornographie, als jugendgefährdend angesehen. Wer Kindern und Jugendlichen Pornographie zugänglich macht, läuft Gefahr vor den Schranken eines Strafgerichts zu landen.

Als ausnahmslos jugendgefährdend gelten also alle Medien mit volksverhetzendem, gewaltdarstellendem und pornographischem Inhalt. Um derartige "sozialethisch desorientierenden" Medien von Kindern und Jugendlichen fernzuhalten, bedroht das Strafgesetzbuch jeden mit Strafe, der dem Verbot zuwider entsprechende Inhalte für die zu schützende Personengruppe einsehbar macht. Das Gesetz kennt dazu unterschiedliche Tathandlungen, die von "zugänglich machen" bis zu "überlassen" in verschiedenen Zwischenstufen reichen. Unter "zugänglich machen" wird

verstanden jede Möglichkeit der Wahrnehmung. Eine physische Überlassung ist nicht erforderlich, weshalb das schlichte Vorlesen eines Textes oder die Anzeige auf einem Bildschirm bereits als ausreichend angesehen wird.

Das mit Wirkung vom 1. August 1997 neu gefasste Gesetz über jugendgefährdende Schriften und Medieninhalte (GjSM) gilt nach Ansicht der mit der Problematik befassten Kreise als die zentrale Regelung des Jugendmedienschutzes. Es stellt neben dem StGB eine eigenständige Norm dar, obwohl es teilweise auf strafrechtliche Bestimmungen verweist. Die Mechanismen des Jugendschutzes in GjSM und StGB bestehen parallel nebeneinander. Das GjSM unterscheidet sich auch in Ansatz und Verfahren deutlich vom StGB, lediglich die Zielrichtung beider Gesetze deckt sich, nämlich sozioethisch desorientierende Medien von Jugendlichen fernzuhalten.

Das GjSM geht zunächst einmal davon aus, dass es unabhängig von den Bestimmungen des StGB Medien gibt, *"die geeignet sind, Kinder oder Jugendliche sittlich zu gefährden"*, und die deshalb als jugendgefährdend anzusehen sind. Beispielhaft werden genannt *"unsittliche, verrohend wirkende, zu Gewalttätigkeit, Verbrechen oder Rassenhass anreizende sowie den Krieg verherrlichende Schriften"*. Der Unterschied zwischen den Definitionen von GjSM und StGB besteht nun darin, dass der Bewertungsmaßstab nach dem GjSM generell niedriger liegt. Medieninhalte können als jugendgefährdend gemäß GjSM angesehen werden, z.B. wegen Gewaltverherrlichung, ohne dass die Intensität einer Strafbarkeit gemäß § 131 StGB erreicht wäre. Oft wird deshalb in der Fachliteratur zwischen "jugendgefährdenden Medien" gemäß GjSM und "schwer jugendgefährdenden Medien" nach dem StGB unterschieden.

Ein Buch, ein Computerspiel erhält das Etikett "jugendgefährdend nach GjSM" nun nicht automatisch, sondern erst nach einer inhaltlichen Bewertung durch die sogenannte Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (§ 8 GjSM). Medien mit jugendgefährdenden Inhalten werden nach Prüfung und negativer Beurteilung in eine Liste aufgenommen bzw. indiziert. Erst danach unterliegen

sie einem Verbreitungsverbot an Kinder und Jugendliche⁸. Lediglich schwer jugendgefährdende Medien im Sinne des StGB bedürfen keiner vorhergehenden Bewertung, um unter das Überlassungsverbot an Jugendliche zu fallen. Das Indizierungsverfahren durch die Bundesprüfstelle hat nichts mit Zensur zu tun. Die betroffenen Medien dürfen auch weiterhin an Erwachsene verbreitet werden, allerdings mit gewissen Einschränkungen beim Vertrieb (§ 4 GjSM) und bei der Werbung (§ 5 GjSM).

Das StGB und das GjSM stellen also zwei, strikt zu unterscheidende Forderungen auf und drohen bei Zuwiderhandeln mit Strafe:

- Schwer jugendgefährdende Medien (Stichwort: Gewaltverherrlichung, Pornographie) dürfen Kindern und Jugendlichen **in keiner Weise** überlassen werden, worunter auch die Bildschirmdarstellung von Webseiten zu verstehen ist.
- Sonstige jugendgefährdende Medien dürfen **nach** einer Indizierung durch die Bundesprüfstelle Kindern und Jugendlichen nicht mehr länger zugänglich gemacht werden.

Es ist also zu unterscheiden zwischen Webseiten, die von Anfang nicht an Jugendliche gelangen dürfen, und solche, für die dies erst nach einer Entscheidung der Bundesprüfstelle gilt. Für (einfach) jugendgefährdende Medien bringt der § 3 Abs. 1 Ziff. 4 GjSM eindeutig zum Ausdruck, *"eine Schrift, deren Aufnahme in die Liste bekannt gemacht ist, darf nicht ... durch elektronische Informations- und Kommunikationsdienste ... sonst zugänglich gemacht werden."*

⁸ § 3 GjSM Verbreitungsverbot

- (1) *Eine Schrift, deren Aufnahme in die Liste bekannt gemacht ist, darf nicht*
1. *einem Kind oder Jugendlichen angeboten, überlassen oder zugänglich gemacht werden,*
 2. *an einem Ort, der Kindern oder Jugendlichen zugänglich ist oder von ihnen eingesehen werden kann, ausgestellt, angeschlagen, vorgeführt oder sonst zugänglich gemacht werden,*
 3. *im Wege gewerblicher Vermietung oder vergleichbarer gewerblicher Gewährung des Gebrauchs, ausgenommen in Ladengeschäften, die Kindern und Jugendlichen nicht zugänglich sind und von ihnen nicht eingesehen werden können, einem anderen angeboten oder überlassen werden.*
 4. *durch elektronische Informations- und Kommunikationsdienste verbreitet, bereitgehalten oder sonst zugänglich gemacht werden.*

Über **Filtersoftware**, ihre Funktionsweise, Vor- und Nachteile war bereits an anderer Stelle ausführlich berichtet worden⁹. Auch in bibliothekarischen Email-Listen ist bereits engagiert darüber diskutiert worden¹⁰. Für eine juristische Betrachtung der Verpflichtung von Öffentlichen Bibliotheken zum Jugendschutz im Internet spielt es keine Rolle, wie gut oder wie schlecht eine einzelne Filtersoftware funktioniert. Es genügt die Feststellung, dass Filtersoftware die Anforderungen von § 3 Abs. 2 GjSM zu erfüllen vermag. Wenn eine Öffentliche Bibliothek keine andere technische Vorkehrung zum Jugendmedienschutz trifft, sollte sie auf jeden Fall an den für Kinder und Jugendliche zugänglichen Internet-Arbeitsplätzen eine Filtersoftware installieren.

Eine andere technische Möglichkeit wäre es, über den Browser einen **Festzugang** zu bestimmten URLs mit speziell für Kinder und Jugendliche geeigneten Webseiten herzustellen. Nach Auskunft von EDV-Experten kann ein Browser entsprechend eingestellt werden.

Immer mehr Institutionen schützen ihr internes Netzwerk mit einem **Firewall**. Vermittels eines solchen Schutzsystems lassen sich nicht nur unerwünschte Attacken aus dem Internet abwehren, sondern es ist genauso möglich, bestimmte Web-Adressen für den Zugriff zu sperren. Mit einem Firewall könnte man z.B. gezielt die Verbindung zu indizierten Webseiten verhindern, sofern deren URL bekannt und eingetragen ist.

Letztlich wäre als technische Möglichkeit noch an die Einrichtung eines **Proxy-Rechners** zu denken. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass kaum eine Öffentliche Bibliothek in Deutschland über eine derartige technische Einrichtung verfügen dürfte. Deshalb wird sie hier lediglich der Vollständigkeit halber erwähnt.

⁹ Susanne Klötzer: Jugendschutz und Internet in öffentlichen Bibliotheken. – Köln, 1998.

¹⁰ Vgl. Heinz Bork: Filtersoftware in Bibliotheken : Zusammenfassung der Antworten zu meiner Frage über die bibliothekarische Mailliste inetbib nach Filtersoftware in unseren Bibliotheken. // In: <http://www.plb.de/all/d-fi1.htm>

Das gemeinsame Ziel aller technischen Möglichkeiten wird es stets sein, Kinder und Jugendliche davon abzuhalten, auf schwer jugendgefährdende Internet-Medien (Kinderporno, Rassenhass) generell und auf indizierte Webseiten gemäß der Liste der Bundesprüfstelle zugreifen zu können. Jede technische Vorkehrung, die hierfür geeignet ist, wird den gesetzlichen Anforderungen genügen. Allerdings darf nicht verschwiegen werden, dass jede Art von technischer Sperrung aus Sicht des Nutzers als betriebliche Störung betrachtet wird, die natürlich mit einer anderen technischen Lösung umgangen werden kann¹¹. Die Motivation des Benutzers sich als Hacker zu betätigen ist um so größer, je stärker er sich durch die Sperrung behindert fühlt.

c) Urheberrecht

Im Zusammenhang mit der Nutzung von Werken aus dem Internet hört man häufig die Frage, wie sieht es mit dem Downloaden und Ausdrucken aus. Hier sind zwei Regelungen im Gesetz zu unterscheiden. Grundsätzlich gilt auch hier der § 53 UrhG bezüglich des Kopierens urheberrechtlich geschützter Werke. Dies ist zulässig

- ◆ zum privaten Gebrauch
- ◆ zum eigenen wissenschaftlichen Gebrauch, wenn und soweit die Vervielfältigung zu diesem Zweck geboten ist,
- ◆ zur Aufnahme in ein eigenes Archiv, wenn und soweit die Vervielfältigung zu diesem Zweck geboten ist und als Vorlage für die Vervielfältigung ein eigenes Werkstück benutzt wird,
- ◆ zur eigenen Unterrichtung über Tagesfragen, wenn es sich um ein durch Funk gesendetes Werk handelt,
- ◆ zum sonstigen eigenen Gebrauch,

¹¹ Vgl. Kristian Köhnopp u.a.: Sperrungen im Internet. // In: Datenschutz und Datensicherheit DuD 21 (1997) S. 626-631.

- a) wenn es sich um kleine Teile eines erschienenen Werkes oder um einzelne Beiträge handelt, die in Zeitungen oder Zeitschriften erschienen sind,
- b) wenn es sich um ein seit mindestens zwei Jahren vergriffenes Werk handelt.

Sollte es sich bei den fremden Webseiten um eine Datenbank halten, so gelten einige Einschränkungen. Der seit Anfang 1998 bestehende urheberrechtliche Rechtsschutz für Datenbanken hat auch die Erlaubnistatbestände für das Kopieren aus und von Datenbanken bzw. Datenbankwerken neu gefasst.

◆ *Kopieren eines Datenbankwerks als ganzes.*

Im § 53 UrhG wurde ein neuer Absatz 5 eingefügt, der bestimmt, dass für Datenbankwerke ausschließlich § 53 Abs. 2 Nr. 1 UrhG zur Anwendung kommt. Danach ist es *"zulässig, einzelne Vervielfältigungsstücke eines Werkes herzustellen oder herstellen zu lassen, zum eigenen wissenschaftlichen Gebrauch, wenn und soweit die Vervielfältigung zu diesem Zweck geboten ist"* (§ 53 Abs. 2 Nr. 1 UrhG) und mit *"der Maßgabe, dass der wissenschaftliche Gebrauch nicht zu gewerblichen Zwecken erfolgt"* (§ 53 Abs. 5 S. 2 UrhG). Aus dem Zusammenhang wird deutlich, dass mit *"Werk"* ein Datenbankwerk gemäß § 4 Abs. 2 UrhG gemeint ist. Eine vollständige Kopie davon darf nur zu wissenschaftlichen Zwecken erfolgen. Ein Datenbank im Internet als Ganzes darf also ausschließlich zu wissenschaftlichem Gebrauch kopiert werden.

◆ *Kopieren eines Datenbankwerks zu Benutzungszwecken.*

Da für die Benutzung eines digitalen Dokuments zwangsläufig eine technische Kopie im Arbeitsspeicher des PC oder auf dem Bildschirm hergestellt werden muss, gestattet § 55 a UrhG jede Art von Vervielfältigung, die ein Eigentümer oder ein sonstiger Berechtigter herstellt, *"wenn und soweit die Vervielfältigung für den Zugang zu den Elementen des Datenbankwerkes und für dessen übliche Benutzung erforderlich ist"*. Dieses Recht darf nicht vertraglich untersagt werden. Jedem berechtigten Benutzer ist es also gestattet, sich Datenbankinhalte aus dem Internet auf den Bildschirm zu holen, selbst wenn bei diesem

Vorgang eine technische Kopie erzeugt wird. Allerdings schließt das Vervielfältigungsrecht nach § 55 a UrhG nicht die Erlaubnis ein, eine Datenbank abzuspeichern oder auszudrucken.

Der "sui generis" Rechtsschutz für Datenbanken gemäß § 87 a UrhG wird ergänzt durch weitere Bestimmungen für das Anfertigen von Kopien.

- *Vervielfältigung eines wesentlichen Teils.*

Der neue § 87 c UrhG gestattet das Kopieren von wesentlichen Teilen einer Datenbank unter mehreren Voraussetzungen:

- zum privaten Gebrauch, außer die Datenbankelemente sind einzeln zugänglich;
- zum eigenen wissenschaftlichen Gebrauch;
- zu Bildungszwecken;
- zu hoheitlichen Zwecken (Gericht, Behörde).

- *Vervielfältigung eines unwesentlichen Teils.*

Aus § 87 e UrhG ergibt sich die Erkenntnis, dass die Vervielfältigung unwesentlicher Teile einer Datenbank vertraglich nicht verboten werden darf. Eine lizenzvertragliche Vereinbarung, wonach das Kopieren unwesentlicher Teile einer Datenbank untersagt sei, wäre also schlicht unwirksam. Ansonsten trifft das Gesetz keinerlei weitere Bestimmungen über das Vervielfältigen unwesentlicher Teile einer Datenbank. Daraus kann logischerweise nur geschlossen werden, dass das Kopieren von unwesentlichen Teilen nach dem Willen des Gesetzgebers vollkommen frei erfolgen kann.

Was bedeutet dies alles für das Kopieren aus Datensammlungen im Internet? Fasst man die bisherigen Erkenntnisse zusammen, so spielt die Frage, ob es sich bei einer solchen Sammlung um ein Datenbankwerk gemäß § 4 Abs. 2 UrhG oder um eine Datenbank nach § 87 a Abs. 1 UrhG handelt, nur eine minimale Rolle. Lediglich bei einer vollständigen Kopie eines Datenbankwerks muss beachtet werden, dass sie nur zu wissenschaftlichen Zwecken erfolgen darf. Ansonsten kann man davon ausgehen, dass eine Datensammlung auf jeden Fall Rechtsschutz gemäß § 87 a Abs. 1 UrhG genießt. Somit kommen die §§ 87 c, 87 e UrhG zur Anwendung. Beim Kopieren stellt sich deshalb stets die Frage, ob ein wesentlicher oder ein unwesentlicher Teil der

Datenbank vervielfältigt werden soll. Das Gesetz schweigt hierzu. *Gabriele Beger* schlägt vor, einen unwesentlichen Teil dann anzunehmen, *"wenn dieser nicht geeignet ist, die Systematik, den Aufbau oder die Auswahl der Datenbank abzubilden"*. Dieser Definition kann nur uneingeschränkt zugestimmt werden. Für Datenbanken im Internet bedeutet das, der Benutzer kann sich ohne Einschränkungen Teile davon abspeichern bzw. ausdrucken. Erst wenn diese Teile Rückschlüsse auf die Zusammensetzung der Datenbank erkennen lassen, liegt ein Kopieren wesentlicher Teile im Sinne von § 87 c UrhG vor. Im diesem Fall ist das Kopieren nur noch unter den beschriebenen Voraussetzungen statthaft. Insgesamt ist aber das Kopieren von Teilen aus Datenbanken weder gesetzlich verboten, noch darf es vertraglich untersagt werden. Das Downloaden und Ausdrucken von Seiten aus dem Internet wird sich also stets im Rahmen der urheberrechtlichen Erlaubnistatbestände halten.

d) Verpflichtungserklärung

Trotz der klaren, gesetzlichen Regelungen empfiehlt die EDBI-Rechtskommission den Bibliotheken, folgende Checkliste durchzusehen, sowie die Unterschrift einer Verpflichtungserklärung (vgl. Beger, Gabriele: Benutzungsordnungen für Internet-Plätze. // In: Bibliotheksdienst 34 (2000), S. 1499-1502.):

- *Jede Bibliothek kann ohne Zustimmung/Anmeldung ihren Nutzern Internet-Plätze anbieten (Provider- u. Telekom-Anmeldung bleibt davon unberührt).*
- *Die Bibliothek ist frei von der Haftung für den fremden Inhalt.*
- *Die Bibliothek trifft die Haftung erst bei Kenntnis und Verbreitung strafrechtlich relevanter Seiten, d. h.*
 - Ausgabe bei zentralem Ausdruck am Auskunftspult
 - Hilfe beim Auffinden.
- *Die Bibliothek muss technische Vorkehrungen treffen, wenn Benutzer, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Zugang zum Internet erhalten.*

- *Die Einwilligungserklärung der Erziehungsberechtigten zur freien Internetbenutzung entbindet die Bibliothek nicht von der Haftung.*
- *Technische Vorkehrung: Filterschutzsoftware*
- *Sonstige Vorkehrung: Aufsicht*
- *Das Speichern personenbezogener Daten in Verbindung mit den aufgerufenen Web-Seiten ist nur für die Dauer der Benutzung und noch ausstehender Forderungen zulässig. Eine länger andauernde Speicherung von personenbezogenen Daten und aufgerufenen Seiten ist nicht gestattet.*
- *Das Erlassen gesonderter Benutzungsbedingungen für Internet-Nutzungen ist nicht zwingend erforderlich, aber sinnvoll, wenn*
 - *unterschiedliche Verfahren bei der Benutzung von Jugendlichen bis 18 Jahre und über 18 Jahre festgelegt werden.*
 - *Bedingungen für die Benutzung der Internet-Plätze von den üblichen Benutzungsbedingungen in der Bibliothek abweichen.*
 - *die Haftung der Bibliothek für Schäden, die durch die Benutzung eintreten können, z. B. durch Herunterladen, ausgeschlossen werden soll.*
 - *das Versenden von E-Mails, Bestellungen etc. untersagt werden soll.*
 - *das Aufrufen von strafrechtlich relevanten und jugendgefährdenden Medieninhalten auch für über 18-jährige Nutzer untersagt werden soll.*
- *Das Kopieren aus dem Internet ist gestattet, wenn*
 - *die Medien vom Urheber/Produzenten freigegeben sind*
 - *die Bibliothek einen Lizenzvertrag abgeschlossen hat, der das Kopieren gestattet*
 - *der Produzent keinen Lizenzvertrag verlangt (dann ist Kopieren stets im Rahmen der §§ 53, 87 c und e UrhG zulässig).*
 - *Medien im Internet bereits durch Kaufvertrag verbreitet wurden (hierbei darf im Lizenzvertrag das Kopierrecht aus §§ 53, 87 c und e UrhG nicht mehr eingeschränkt werden).*
 - *Das Kopieren von Betriebssystemen und Standardsoftware ist zu untersagen. Ausgenommen davon sind ausdrückliche Freigaben zum Herunterladen durch*

- *den Produzenten.*

Literaturhinweise

1. Angebote ins Internet & Urheberrecht

Internet in Öffentlichen Bibliotheken - up (to) date! / hrsg. von Marion Sommerfeld. - Berlin: DBI, 1999. – 174 S. (DBI-Materialien; 181) ISBN 3-87068-981-1

Internet / hrsg. von der Redaktion Buch und Bibliothek. - Bad Honnef: Bock und Herchen, 1997. - 121 S. (BUB Special) ISBN 3-88347-196-8

Müller, Harald; Beger, Gabriele:

Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz. // In: Bibliotheksdienst 31 (1997) S. 1781-1786.

Beger, Gabriele:

Kopieren aus Datenbanken. // In: Bibliotheksdienst 32 (1 998) S. 942-945.

Peters, Klaus:

Rechtsfragen der Bestandserhaltung durch Digitalisierung. // In: Bibliotheksdienst 32 (1998) 11; S. 1949-1955.

Müller, Harald:

Die rechtlichen Zusammenhänge im Rahmen des elektronischen Publizierens. // In: Wissenschaft online: Elektronisches Publizieren in Bibliothek und Hochschule / hrsg. von Beate Tröger. - Frankfurt: Klostermann, 2000. - S. 100-119. (ZfBB-Sonderheft)

2. Jugendschutz und Internetzugang

Seim, Roland:

Zwischen Medienfreiheit und Zensureingriffen: eine medien- und rechtssoziologische Untersuchung zensorischer Einflussnahmen auf bundesdeutsche Populärkultur/Roland Seim. - Münster/Westf.: Telos-Verl., 1997. - 556 S.:Ill. Zugl.: Münster (Westfalen), Univ., Diss., 1997 ISBN 3-933060-00-1

Beucher, Klaus:

Mediengesetze: Rundfunk, Mediendienste, Teledienste; Kommentar zum Rundfunkstaatsvertrag, Mediendienste-Staatsvertrag, Teledienstegesetz und Teledienstedatenschutzgesetz/von Klaus Beucher; Ludwig Leyendecker; Oliver von Rosenberg. - München: Vahlen, 1999. - XVII, 748 S. (Vahlens Kommentare) ISBN 3-8006-2387-0

Wimmer, Norbert:

Der Online-Provider im neuen Multimedia-Recht/Norbert Wimmer; Gerhard Michael. - Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges., 1998. - 1 70 S. ISBN 3-7890-5566-2

Schraut, Bernhard:

Jugendschutz und Medien: zur Verfassungsmäßigkeit des Jugendschutzes im Rundfunk und bei den übrigen audiovisuellen Medien/Bernhard Schraut. - Baden-Baden : Nomos-Verl.-Ges., 1993.- 129 S. (Schriftenreihe des Archivs für Urheber-, Film-, Funk- und Theaterrecht (UFITA); 113) Zugl.: Freiburg (Breisgau), Univ., Diss., 1993 ISBN 3-7890-3101-1

Jugendschutz und Medien: Vortragsveranstaltung vom 6. und 7. Juni 1986/von Dietrich Oehler - München: Beck, 1987. - 96 S. (Schriftenreihe des Instituts für Rundfunkrecht an der Universität zu Köln; 43) ISBN 3-406-31868-1

Klötzer, Susanne:

Jugendschutz und Internet in öffentlichen Bibliotheken/von Susanne Klötzer.
Fachhochschule Köln, Fachbereich Bibliotheks- und Informationswesen Köln:
Fachhochsch., Fachbereich Bibliotheks- und Informationswesen, 1998. - 55 S.
(Kölner Arbeitspapiere zur Bibliotheks- und Informationswissenschaft; 8)

Schulz, Wolfgang:

Jugendschutz bei Tele- und Mediendiensten. //In: Multimediarecht MMR 1998 H.4,
S. 182-187.

Bork, Heinz:

Filtersoftware in Bibliotheken: Zusammenfassung der Antworten zu meiner Frage
über die bibliothekarische Mailliste inetbib nach Filtersoftware in unseren
Bibliotheken. //In: <http://www.plb.de/all/d-fil.htm>

Müller, Harald:

Jugendschutz und Internet-Zugang (Filtersoftware oder was?) - Rechtsvorschriften
und Handlungsvorschläge für Öffentliche Bibliotheken. //In: Bibliotheksdienst 33
(1999), S. 1905-1925

Beger, Gabriele:

Benutzungsordnungen für Internet-Plätze. //In: Bibliotheksdienst 34 (2000), S. 1499-1502.

Anschriften der Autorinnen und Autoren

Barbara Brandt
Leiterin der Stadt- und Kreisbibliothek
„Anna Seghers“
Ernestiner Str. 38
98617 Meiningen
Telefon: (0 36 93) 50 29 59
Telefax: (0 36 93) 50 42 46
SKB-Meiningen@t-online.de

Brigitte Krompholz-Roehl
Mitglied des Vorstandes des Deutschen Bibliotheksverbandes e.V.
Leiterin der Stadtbibliothek Göttingen
Gotmarstraße 8
37037 Göttingen
Telefon: (05 51) 4 00 28 23 und 24
Telefax: (05 51) 4 00 27 60
E-Mail: krompholz@goettingen.de

Dr. jur. Harald Müller
stellv. Direktor der Bibliothek des Max-Planck-Instituts für
ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
Im Neuenheimer Feld 5 35
69120 Heidelberg
Telefon: (0 62 21) 4 82-2 19
Telefax: (0 62 21) 4 82-2 88
E-Mail: hmueller@mpiv-hd.mpg.de
URL: <http://www.mpiv-hd.mpg.de>

Prof. Dr. Gisela Rauschhofer
Rektorin der Fachhochschule Nordhausen
Weinberghof 4
99734 Nordhausen
Telefon: (0 36 31) 4 20-1 00/1
Telefax: (0 36 31) 4 20-8 10
E-Mail: rektorin@fh-nordhausen.de
URL: www.fh-nordhausen.de

Dorothee Reißmann
Stellv. Direktorin der Thüringer Universitäts-
und Landesbibliothek
07740 Jena
Telefon: (0 36 41) 9 40-0 05
Telefax: (0 36 41) 9 40-0 02
E-Mail: ldr@thulb10.biblio.uni-jena.de
URL: <http://thulb03.biblio.uni-jena.de>

Prof. Dr. Klaus Ring
Geschäftsführer der Stiftung Lesen
Fischtorplatz 23
55116 Mainz
Telefon: (0 61 31) 28 89 00
Telefax: (0 61 31) 23 03 33
URL: <http://www.StiftungLesen.de>

Prof. Dr. Ing. Dagmar Schipanski
Thüringer Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Juri-Gagarin-Ring 1 58
99084 Erfurt
Telefon: (03 61) 37-900
E-Mail: tmwfk@thueringen.de

Dr. Frank Simon-Ritz
Direktor der Universitätsbibliothek der Bauhaus-Universität Weimar
Weimarplatz 2
99425 Weimar
Telefon: (0 36 43) 58 23 10
Telefax: (0 36 43) 58 23 14
E-Mail: fsimon@ub.uni-weimar.de
URL: <http://www.uni-weimar.de/bib/>

Heidemarie Trenkmann
Geschäftsführende Vorsitzende des Landesverbandes Thüringen im DBV
Amtsleiterin Stadt- und Regionalbibliothek Erfurt
Domplatz 1
99084 Erfurt
Telefon: (03 61) 6 55-15 90
Telefax: (03 61) 6 55-15 99